

A b d r u c k
Niederschrift
über den **öffentlichen** Teil der Sitzung des Ausschusses
für Natur- und Umweltschutz
von Dienstag, den 28.09.2010,
im großen Sitzungssaal des Landratsamtes Miltenberg

Beginn der Sitzung: 14:00 Uhr
Ende der Sitzung: 15:10 Uhr

Den Vorsitz führte Herr Landrat Roland Schwing.

Für den in der Zeit von 15:15 Uhr bis 15:45 Uhr stattgefundenen nichtöffentlichen Teil dieser Sitzung wurde eine gesonderte Niederschrift gefertigt.

Anwesend waren:

Ausschussmitglieder

Frau Gabriele Almritter
Herr Erwin Dotzel
Frau Ellen Eberth
Herr Hermann-Josef Eck
Herr Dr. Hans Jürgen Fahn
Herr Hubert Klimmer
Herr Peter Maurer
Frau Petra Münzel
Frau Monika Schuck
Herr Kurt Schumacher
Herr Dr. Christian Steidl
Herr René Wendland

Ferner waren anwesend:

Frau Claudia Kappes, stellvertretende Landrätin
Herr Regierungsamtsrat Wolfgang Röcklein
Frau Regierungsrätin Ursula Ott
Herr Verwaltungsoberamtsrat Gerhard Rüth
Herr Kai Strüber, Techn. Amtmann
Frau Verwaltungsamtsrätin Ruth Heim
Frau Kristina Wagner, Schriftführerin

Tagesordnung:

- 0 Tag der offenen Tür Kreismülldeponie Guggenberg
- 1 Müllhaushalt 2011; Beratung und Empfehlungsbeschluss
- 2 Kreismülldeponie Guggenberg; Bericht zum Sickerwasserproblem
- 3 Abwicklung Firma Factron
- 4 Anfragen

Vor Eintritt in die Tagesordnung gratulierte Landrat Schwing herzlich Kreisrat Dotzel zu seinem Geburtstag.

Tagesordnungspunkt :

Tag der offenen Tür Kreismülldeponie Guggenberg

Landrat Schwing berichtete vom Tag der offenen Tür in der Kreismülldeponie Guggenberg und der sehr guten Resonanz der Bevölkerung, um zu zeigen, welche Leistungen die Abfallwirtschaft erbringt.

Regierungsamtsrat Röcklein stellte einige Impressionen anhand von Fotos zur Verfügung und verwies auf einen großen Pressebericht im „Bote vom Untermain“ des Sitzungstages. Der Besuch von 2.000 Menschen stelle einen sehr großen Erfolg dar. Auch die Bürger seien sehr zufrieden gewesen. Für die Bürger seien Kutschfahrten mit sieben Planwagen rund um die Deponie angeboten worden. Die Topthemen für die Bürger seien Sperrmüll auf Abruf, das Identsystem und das Arsenproblem gewesen.

Landrat Schwing dankte Regierungsamtsrat Röcklein für seine Darstellungen und sprach ihm sein Lob auch für seine Mannschaft aus, es seien 45 Personen im Einsatz gewesen. Selbst das Wetter habe mitgespielt und trotz Konkurrenzveranstaltungen sei der Besuch hervorragend gewesen. Es handele sich um ein tolles Schaufenster für die Leistungen unserer Abfallwirtschaft.

Tagesordnungspunkt 1:

Müllhaushalt 2011; Beratung und Empfehlungsbeschluss

Landrat Schwing leitete den Tagesordnungspunkt ein, der sich immer um diese Zeit auf der Tagesordnung finde, da man immer zeitnah die Müllgebührenkalkulation überprüfe und bei Bedarf anpasse. Auch in diesem Jahr habe man konstant kalkuliert, so dass man sich Aufwand erspare, insbesondere den Versand von Bescheiden an 44.000 Haushalte.

Regierungsamtsrat Röcklein schilderte den Sachverhalt:

Leider sei bei der Aufstellung des Müllhaushalts ein Kommafehler bei den Personalkosten passiert, der dort erhebliche Kostensteigerungen auswies. Man habe zu diesem Zeitpunkt alle Ansätze scharf überprüft und teilweise erheblich reduziert. Ein Ausgleich konnte nur über

eine Entnahme aus der Gebührenrücklage erfolgen. Diesen Fehler konnte man aber aufdecken und natürlich korrigieren. Damit falle die Aufstellung des Müllhaushalts erheblich leichter und man konnte auch Reserven, z. B. für das Arsenproblem, einbringen. Auch die Entnahme aus der Gebührenrücklage entfalle. Man bitte dafür um Entschuldigung.

Bei der Aufstellung des Müllhaushalts für 2010 seien insbesondere die Positionen für den Bau der neuen Deponieteile in Guggenberg noch in der Schwebe gewesen, da die Schlussrechnungen der Baufirmen noch ausstanden.

Auch in diesem Jahr gehe es uns nicht viel besser. Es sei ja bekannt, dass die Abrechnung mit der Arbeitsgemeinschaft Deponie Guggenberg noch nicht zum Abschluss gebracht werden konnte und dazu noch erhebliche Forderungen der ARGE im Raum stehen.

Trotzdem konnte man mit den vorliegenden Zahlen eine akzeptable Kalkulation für das Haushaltsjahr 2011 aufstellen.

Das Ergebnis vorweg:

Man könne den Müllhaushalt ausgeglichen vorstellen und habe für die anstehenden, nicht vorhersehbaren Probleme wie das Arsenproblem, Reserven eingestellt.

Die wichtigsten Veränderungen bei den Einnahmen:

Rückläufig seien weiterhin die Mengen und die Gebühreneinnahmen aus den Umleerbehältern, dem sogenannten Geschäftsmüll. Hier musste man zum wiederholten Mal eine Korrektur nach unten vornehmen.

Bei den Pachtzahlungen kommen die Einnahmen von der PV-Anlage Wörth und im Haushalt Schippach von der PV-Anlage Schippach dazu.

Die Kostenerstattungen der dualen Systeme für die Miterfassung der Kartonagen habe man reduziert, da hier deutlich geringere Einnahmen erwartet werden müssen.

Sorgen mache die fehlenden Mengen an gering belasteten mineralischen Abfällen (Erdaushub und Bauschutt). Während die Gemeinden bis 2009 auf ihren Deponien 25.000 Tonnen derartiger Abfälle im Jahr ablagerten, erhalte Guggenberg nur ein Zehntel davon. Eine gewisse Menge fließe sicherlich noch in die Rekultivierung der gemeindlichen Erdaushubdeponien, für die ja der Kreistag am 08.10.2007 eine Übergangszeit bis maximal 15.07.2011, eingeräumt habe.

Man gehe davon aus, dass sich die Situation 2012 ein wenig bessere, insbesondere wenn die erwarteten Mengen an gering belasteten mineralischen Abfällen bei uns eintreffen.

Die wichtigsten Veränderungen bei den Ausgaben:

Die Unterhaltungskosten für unsere Grundstücke sinken, da die Unterhaltung von Wörth vom Energiezweckverband übernommen wird.

Unerwartete Kosten bereite die Arsengeschichte. Bereits 2010 habe man erhebliche Kosten, die sich bis Jahresende 2010 auf rund 150.000 € zusätzlich belaufen können. Und das seien nur die direkten Kosten.

Aufgrund der Nichtnutzung der neuen DK-0-Deponie wegen des Arsensproblems lagere man erhebliche Mengen von DK-0-Abfällen auf der alten DK-I-Deponie ab. Nur, dort belaufe sich die Gebühr auf 115 € die Tonne, während man für die DK-0-Abfälle nur 15 bis 25 € erhalte. Ein Defizit von 90 bis 100 € je Tonne. Bei geschätzten rund 2.500 Tonnen allein in 2010 fehlen immerhin 225.000 € Gebühreneinnahmen für den teuren Deponieraum auf der DK-I-Deponie.

Dies treibe natürlich die Abschreibungen für diese Deponie in die Höhe, da sie nach Verfüllgrad abgeschrieben werde.

Die Situation werde sich auch 2011 fortsetzen, wobei man allerdings damit kalkulieren könne, dass die DK-0-Deponie zur Jahresmitte 2011 ihren Betrieb aufnimmt.

Die EDV-Kosten seien im Jahr 2010 durch die Einführung von Sperrmüll auf Abruf und die Neuausstattung der Arbeitsplätze höher gewesen und können für 2011 wieder gesenkt werden.

Bei der Miterfassung verpackungsfremder Wertstoffe über den gelben Sack erwarte man eine Kostenreduzierung durch den neuen Vertrag, den man derzeit mit der Fa. RESO verhandele.

Die Kosten der thermischen Abfallbehandlung werden aufgrund günstiger Kostenentwicklung bei GKS und zurückgehender Geschäftsmüllmengen sinken.

Büromaterial und Portokosten gehen 2011 auch deutlich zurück, da man keinen Neuversand von Gebührenbescheiden plane.

Die Ansätze bei Körperschaftssteuer, Gewerbesteuer und Umsatzsteuer steigen, da die Erlöse für Wertstoffe ebenfalls angestiegen seien und auch 2011 auf hohem Niveau erwartet werden.

Die Kalkulatorischen Kosten wurden entsprechend den Vorgaben und den erwarteten Ablagerungsmengen angesetzt.

Auch Rückstellungen für den Bauabschnitt IIIa in Guggenberg seien berücksichtigt.

Ein kleiner Ausblick:

Im Jahr 2012 werden die Rückstellungen für die Altdeponien Großheubach, Wörth und Sulzbach aufgebraucht sein. Im Gegenzug falle ab 2013 die Abschreibung für die Umgehungsstraßen Riedern/Guggenberg weg. Die laufenden Betriebskosten für die ehemalige Klärschlammdeponie Schippach können auch weiterhin aus den angesparten Rückstellungen für diese Deponie gedeckt werden. Unter Berücksichtigung der in den Haushaltsplänen 2010 und 2011 vorgesehenen planmäßigen Ausgaben belaufen sich die Rückstellungen zum 31.12.2011 voraussichtlich auf 148.209 EURO.

Man bitte daher um einen Empfehlungsbeschluss zu diesem Müllhaushalt für das Haushaltsjahr 2011.

Kreisrätin Münzel fragte in Bezug auf das Arsenproblem, ob es realistische Chancen auf einen Kostenersatz durch die Verursacher gebe.

Landrat Schwing erklärte, man habe dazu bereits schon einmal in nichtöffentlicher Sitzung berichtet. Natürlich setze der Landkreis Miltenberg alles daran, nachdem man Geschädigter und nicht Verursacher sei, die Kosten ersetzt zu bekommen. Das Beweissicherungsverfahren beim Landgericht Aschaffenburg sei im Gange, man warte nahezu täglich auf das Ergebnis. Man sei anwaltschaftlich vertreten und werde zu gegebener Zeit in den Ausschüssen berichten.

Auf eine Rückfrage des Kreisrates Dr. Fahn in Bezug auf die Firma Factron wies Regierungsamtsrat Röcklein darauf hin, dass dies nichts mit der Abfallwirtschaft zu tun habe, da es sich um staatliches Abfallrecht handele.

Kreisrat Dotzel stellte eine Frage zu Differenzen bei Punkt 3 – Kostenstellen, den öffentlichen Bekanntmachungen sowie den Abschreibungen von Fahrzeugen.

Regierungsamtsrat Röcklein beantwortete seine Fragen. Zu Bioabfall gehöre auch Grüngut, welches man bisher über die Firma Herhof entsorgt habe. Seit diesem Jahr liefere man allerdings nur noch die Mindestmenge an Grüngut für einen teuren Preis bei der Firma Herhof an, auf Grund einer Neuausschreibung für Erlenbach habe man einen neuen Vertragspartner und umstrukturiert. Dies führe zu einer Kostenreduzierung. In den nächsten Jahren werde es wahrscheinlich eine weitere Reduzierung geben.

Man plane weiterhin für das Jahr 2011 eine Hausmüllanalyse. Die letzte Analyse stamme aus dem Jahr 2004. Daher habe man hier bereits die Kosten eingestellt.

In Bezug auf die Fahrzeuge handele es sich um eine Auswirkung durch die Umstellung auf die Doppik. Neue Anschaffungen werden direkt über die Doppik abgeschrieben, aber bei alten Fahrzeugen müsse man eine Sonderabschreibung vornehmen. Es handele sich daher um Restposten aus dem alten kommunalen Haushaltsrecht.

Kreisrat Wendland stellte die Frage nach dem Inhalt der genannten „vermischten Aufwendungen“ und der vorliegenden Kostensteigerung von 82 %, ebenso die Kostensenkung um 184 % bei Büromaterial.

Regierungsamtsrat Röcklein erklärte, unter „vermischte Aufwendungen“ habe man Reserven gebildet, beispielsweise für Rechtsanwalts- und Sachverständigenkosten in Bezug auf das Arsenproblem. In Bezug auf Büromaterial liege die Kostensenkung darin begründet, dass man im nächsten Jahr keine Gebührenbescheide versende.

Kreisrat Dr. Fahn erwähnte zum Thema Wertstoffhöfe, die Fraktion Freie Wähler sei in der vergangenen Woche im Landkreis Aschaffenburg gewesen. Dort habe man 29 Wertstoffhöfe. Man habe dort eine vergleichende Untersuchung (Benchmarking) durchgeführt, bei 12 Landkreisen und sechs kreisfreien Städten habe der Landkreis Aschaffenburg den ersten Platz belegt. In Bezug auf die Hausmüllanalyse halte er es für sinnvoll, so etwas konkret untersuchen zu lassen.

Landrat Schwing wies darauf hin, dass diese Thematik bei der Haushaltsberatung unpassend sei. Er bat aber darum, zur Kenntnis zu nehmen, dass der Landkreis Aschaffenburg ein anderes System habe wie der Landkreis Miltenberg. Es freue ihn, dass der Landkreis Aschaffenburg mit ihrem System so erfolgreich sind, man sei es aber mit dem eigenen System auch. Man habe in Erlenbach einen tollen Wertstoffhof, man müsse allerdings beachten, dass dieser eigentlich gar nicht ins Konzept passe. Man habe diesen zusätzlich geschaffen und er habe den großen Vorteil, dass er die Bürger nichts koste. Der Landkreis Aschaffenburg nutze ein Bringsystem. Der Landkreis Miltenberg habe nun einmal ein Holsystem. Dies sei bequemer für die Bürger.

Kreisrat Dr. Fahn mache sich weiterhin Sorgen um die geringen Mengen an belasteten Abfällen. Während die Gemeinden auf ihren Deponien 25.000 t ablagern würden, liege hier nur ein Zehntel vor.

Regierungsamtsrat Röcklein schilderte die Gründe hierfür. Der Kreistag habe den Gemeinden eine Übergangszeit zur Rekultivierung bis Mitte 2011 eingeräumt, daher kämen gewisse Mengen nicht zu uns. Weiterhin haben die Kommunen und auch gewisse Firmen durch die Wirtschaftskrise gezögert, bei den Kommunen laufen viele energetische Sanierungen, bei denen Asbest anfielen. Man habe in diesem Jahr bereits Unmengen an Asbest erhalten. Solche Abfälle erhalte man, Neubauten finden allerdings weniger statt. Außerdem fließen gewisse Teilmengen nicht mehr in die Deponien, sondern in die Verwertung, was auch Sinn und Zweck sei.

Landrat Schwing ergänzte dazu, dies sei bei jeder Systemumstellung so und war auch so vorhergesagt. Die Menschen müssen sich an die Umstellung gewöhnen. Bei Sperrmüll auf Abruf seien auch erst einmal die Mengen zurückgegangen. In Bezug auf Erdaushub werden sich die Menschen auf Grund der Entfernung Gedanken machen über eine Verwertung, und dies sei auch richtig so, gewollt vom Gesetzgeber und auch von uns. Verwertung gehe vor Deponierung.

Der Ausschuss für Natur- und Umweltschutz fasste sodann folgenden

B e s c h l u s s :

Der Ausschuss für Natur- und Umweltschutz nimmt den von der Verwaltung erstellten Entwurf des Müllhaushalts für 2011 zur Kenntnis und empfiehlt dem Kreistag die Übernahme in den Landkreishaushalt.

Tagesordnungspunkt 2:

Kreismülldeponie Guggerberg; Bericht zum Sickerwasserproblem

Regierungsamtsrat Röcklein schilderte den Sachstand.

Seit der letzten Ausschusssitzung am 28. Juli 2010 habe sich einiges getan.

Die Kreisräte konnten sicherlich der Presse entnehmen, dass man auf Empfehlung von Herrn Professor Weigand und in Absprache mit unseren Fachbehörden seit 13. August in der Deponiesickerwasserreinigungsanlage das Mittel Bayoxide HC zur Arsenadsorption einsetze. Parallel habe man alle provisorischen Maßnahmen in der Deponiesickerwasserreinigungsanlage beendet. Bayoxide sei ein in einem speziellen Verfahren hergestelltes Eisenoxidhydroxid. Man habe davon eine Tonne zum stolzen Preis von 14.000 € erworben und damit den vorhandenen Sandfilter im Ablauf der Anlage befüllt.

Das durch den vorgeschalteten biologischen und chemischen Klärvorgang bereits relativ klare Wasser durchströmt diesen Filter und Arsen adsorbieren sich an Bayoxide. Aufgrund der hohen Adsorptionskapazität erwarten die Fachleute, dass bezogen auf unsere Verhältnisse eine Bayoxidefüllung für zwei Jahre das Arsen binden werde.

Alle Erwartungen seien durch das Betriebslabor und das Labor der Mainsite voll und ganz bestätigt worden.

Allerdings seien in der zweiten Augushälfte neue Probleme aufgetreten. Die starken Regenfälle mit hohen Wasserzuläufen haben uns gezwungen, das Wasser aus der DK-0-Deponie vom Sickerwassersystem zu trennen und wieder dem sonstigen Oberflächenwasser zuzuführen.

Aufgrund der Verdünnung des Sickerwassers durch die Starkniederschläge konnte man allerdings die Deponiesickerwasserreinigungsanlage bis an ihre obere Leistungsgrenze fahren und im September den Füllstand unserer Pufferteiche wieder absenken.

Derzeit habe man mit Verschmutzungsproblemen im Arsenfilter zu kämpfen und versuche gemeinsam mit der Firma MIONTEC die Ursache herauszufinden und Abhilfe zu schaffen.

Beim Oberflächenwasser habe man es mit dem von den Straßen und aus dem Gelände abfließenden Niederschlag zu tun, der naturgemäß bei starkem Regen erhebliche Schmutzfrachten aus Bodenmaterialien mitbringt.

Diese mineralischen Anteile behindern die Wirkung des Bayoxide und man erforsche daher zurzeit in einer angemieteten kleinen Pilotanlage wie man dieses Problem in Griff bekommen könne.

Ziel sei es, auch für die arsenbelasteten Oberflächenwasserströme aus Nordböschung und Dk-0-Deponie eine Arsenbehandlung, erforderlichenfalls nach vorheriger Abfilterung der störenden Stoffe, zu errichten. Hierfür habe man die Planungen aufgenommen.

Eine Entscheidung wolle man allerdings erst dann treffen, wenn das Ergebnis des gerichtlich bestellten Sachverständigen vorliege. Dieses solle bis Ende September dem Landgericht Aschaffenburg vorgelegt werden.

Aus diesem Gutachten werde man Rückschlüsse hinsichtlich unserer Ansprüche auf Baumangel entnehmen können und danach werde man die weitere Vorgehensweise ausrichten.

Kreisrat Dotzel lobte die vorliegende Lösung für dieses Problem, nannte aber auch seine Sorge über eventuellen atomaren Abfall, statt Arsen könnte es ja auch beispielsweise Uran sein.

Landrat Schwing zeigte Verständnis für die Sorgen, wies aber darauf hin, dass der Schotter als Qualitätsschotter gelte. Er stamme aus dem Nachbarlandkreis Aschaffenburg aus einem anerkannten Bruch, der ebenso überwacht werde. Man müsse sich natürlich darauf verlassen, dass ein Bauunternehmen mängelfreies Bauwerk abliefern würde. Man habe Glück gehabt, dass die DK-0-Deponie noch jungfräulich gewesen sei, daher konnte man schnell darauf kommen, dass es am Schotter liege. Natürlich habe man nur Ärger und Arbeit und könnte selbst nichts dazu. Das Wichtigste sei allerdings, Menschen und Umwelt nicht zu gefährden. Daher habe man alles daran gesetzt, die Grenzwerte schnell einzuhalten, was auch gelungen sei. Man müsse aber eine Dauerlösung finden. Parallel dazu müsse man auch die Kostenfrage lösen, hier sei man eben auf das Gutachten angewiesen.

Kreisrat Klimmer fragte in Bezug auf die Inbetriebnahme der DK-0-Deponie in 2011, ob eine Endlichkeit der Arsenbelastung von Fachleuten begründet sei oder es sich um eine Annahme handle.

Regierungsamtsrat Röcklein erläuterte, die alten Deponiebauabschnitte I und II haben ein Restvolumen von etwa 10.000 m³ bis zur Endhöhe. Man brauche daher eine Lösung und gehe davon aus, dass Mitte nächsten Jahres die DK-0-Deponie zur Verfügung stehe. Entweder der Schotter sei ausgetauscht, oder man habe eine Lösung mit den Baufirmen gefunden. Man arbeite auf diese Lösung hin.

Kreisrat Dr. Steidl ergänzte, Gifte seien Gifte, egal ob sie aus Natur oder Chemie kommen, Grenzwerte müssen eingehalten werden. Daher sehe er das Vorgehen als richtig an.

Tagesordnungspunkt 3:

Abwicklung Firma Factron

Regierungsrätin Ott erläuterte den Sachverhalt.

In der Presse sei vor kurzem der Fall Factron wieder zur Sprache gekommen. Darin sei die Verärgerung der Betroffenen zum Ausdruck gekommen, für eine Leistung zum zweiten Mal zur Kasse gebeten zu werden. Der Presse seien die Gründe ebenso ausführlich dargelegt worden wie den Betroffenen, die sich im Rahmen des Verfahrens zur Wehr setzen.

Nach der Insolvenz der Firma Factron sei es unsere Pflicht, einen Ersatz für die Entsorgungskosten einzufordern. Die Rechtslage sei eindeutig, sie sei durch die höchstrichterliche Rechtsprechung bestätigt worden. Hätten die Abfallerzeuger den Müll bei den landkreiseigenen Anlagen angeliefert, wäre es nicht zu einer doppelten Inanspruchnahme gekommen.

Der aktuelle Stand sehe folgendermaßen aus:

Die Gesamtkosten der Entsorgung durch den Landkreis betragen 177.980,21 €.

Um einen Teil dieser Kosten zurückzuerhalten, sei man an insgesamt 45 Abfallerzeuger herangetreten, dabei handele es sich um 39 Firmen, fünf Privatpersonen und einen Verein.

Die angeforderten Nachzahlungen reichen von 29.628,11 € bis zu 115,09 €. Insgesamt betrage die Summe der angeforderten Nachzahlungen rund 76.000 €.

Bisher haben bereits 30 Abfallerzeuger gezahlt. Es seien bisher ca. 68.000 € eingegangen.

Es gebe bisher neun bestandskräftige Bescheide, bei denen die Kosten in Rechnung gestellt werden. Bisher sei im Falle eines Großanlieferers Klage erhoben worden, die jedoch wieder zurückgezogen worden sei, bevor ein Verhandlungstermin festgesetzt wurde.

Im Rahmen der Anhörung stehe man derzeit mit den verbleibenden Abfallerzeugern in Kontakt. Man beabsichtige in Kürze gegen die noch verbleibenden Abfallerzeugern Kostenfestsetzungsbescheide zu erlassen.

Der Verwaltungsaufwand sei enorm, so dass die Aufarbeitung des Falles noch eine Weile in Anspruch nehmen werde.

Landrat Schwing ergänzte, die Kosten wären noch deutlich höher geworden, wenn es uns nicht gelungen wäre, auf dem Verhandlungswege die Bank dazu zu bewegen, auch einen Teil der Entsorgung zu ermöglichen. Damit habe man die Kosten erheblich drücken können.

Kreisrat Dr. Fahn könne die Bürger verstehen, die sagen, sie müssten nun zweimal bezahlen. Natürlich sei es juristisch korrekt, aber nicht im Sinne der Bürger. Auch das Geld einzutreiben bedeute einen hohen Verwaltungsaufwand. Daher stelle er sich die Frage der Relation. Hoher Verwaltungsaufwand für geringe Summen und Nachteil für die Bürger, damit erkläre er die Politikverdrossenheit.

Landrat Schwing entgegnete, es verwundere ihn sehr, dass gerade diese Wortmeldung von Kreisrat Dr. Fahn als Landtagsabgeordneter komme. Daher stellte er ihm die Frage, ob er glücklich damit sei, wenn er als Bürger mit einem Teil der Müllgebühren, die er zahle, ebenfalls Entsorgungskosten für andere übernehme. Andere, die das Schlupfloch eines privaten Entsorgers gewählt haben, weil sie ein paar Euro sparen wollten, der es dann nicht entsprechend entsorgt hat. Nun müsse die Allgemeinheit, sprich der Landkreis, diesen Müll entsorgen, und die Allgemeinheit solle dafür zahlen. Das könne wohl nicht sein! Noch dazu sei keiner gezwungen worden, über private Entsorger zu entsorgen. Der Landkreis als Kommune könne dies gesetzlich übrigens nicht ändern. Landrat Schwing fügte allerdings hinzu, er wolle dies auch nicht ändern. Wenn jemand das Risiko eingehe, müsse dieser danach auch dafür einstehen und nicht die Allgemeinheit dafür bezahlen lassen.

Kreisrat Dr. Steidl erläuterte ebenfalls, die Rechtslage sei doch eindeutig. Man müsse hier eine Ersatzvornahme durchführen und die Kosten hierfür müssen natürlich eingefordert werden von denen, die zunächst eingespart haben, indem sie einen unseriösen Entsorgungsweg gewählt haben. Er hoffe natürlich auch auf einen gewissen Lerneffekt, der sicherste Weg sei nun einmal die Entsorgung über den Landkreis. Es wäre nicht akzeptabel, wenn die Allgemeinheit ein solches Verhalten subventioniere. Eine andere Regelung wäre völlig unverständlich.

Landrat Schwing fügte hinzu, wenn der Landkreis dies nicht fordern würde, setze man sich der Gefahr von Vorwürfen aus, man habe nicht rechtmäßig gehandelt und die Einnahmen eingefordert, die man bekommen müsse, und dies zu recht.

Kreisrätin Almrither hoffe darauf, dass man in Zukunft ein schärferes Auge darauf habe und rechtzeitig einschreite.

Landrat Schwing entgegnete, dies sei die billigste Art und Weise, jemandem die Schuld zuzuschieben. Man wisse doch, gerade in Bezug auf die Firma Factron, dass der Landkreis jahrelang versucht habe, sich gegen das Verwaltungsgericht durchzusetzen, da dort kein Urteil gefällt worden sei, weil Einigung gefordert worden sei. Als der Landkreis dies nicht mehr mitmachen wollte, sei die Firma zum Insolvenzrichter gegangen. Ähnlich lief dies auch bei der Firma Spall. Weiterhin könne man in der Zwischenzeit Sicherheiten verlangen, aber in der Vergangenheit sei dies eben noch nicht möglich gewesen. Man müsse daher die Historie dazu sehen. Der Landkreis habe nun den Ärger, die Arbeit, die Kosten und den Aufwand. Daher sollte man die gewährleisteteste umweltgerechte Entsorgung über den Landkreis empfehlen.

Kreisrat Dotzel ergänzte, natürlich sei man nach so einem Vorfall wachsamer. Damit würden nun sicherlich auch anderen Firmen mehr Knebel und Pflichten auferlegt. Dies seien eben die Auswirkungen nach solchen Vorfällen. In diesem Fall habe die Firma etwas Unrechtes getan, und der Landkreis habe nun für die ordentliche Entsorgung sorgen müssen. Insofern müsse er sagen, es sei hier sehr gut gehandelt worden und er unterstütze jeden Versuch, damit die notwendigen Gelder, die aufgewendet werden müssen, um dieses Material ordnungsgemäß zu entsorgen, auch wieder hereinkommen. Es liege eine eindeutige Rechtslage vor. Es könne nicht sein, dass alle Landkreisbürger hier mitfinanzieren müssen.

Kreisrat Dr. Fahn ergänzte noch, dass Versorgungsbetriebe für den Fall einer Insolvenz Sicherheiten hinterlegen müssten. Leider habe es dieses Gesetz zu dieser Zeit noch nicht gegeben und rückwirkend sei dies nicht möglich.

Landrat Schwing entgegnete, er soll froh sein, dass dieses Gesetz wenigstens jetzt gelte. Er wies darauf hin, dass dies in den letzten Jahren ein sehr schwieriges Geschäft für den Landkreis gewesen sei, insbesondere für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, das richtige Mittelmaß zu finden. Beim Baustoffrecycling beispielsweise ließen sich kaum noch Betriebe finden, die so etwas machen. Man müsse eben seriöse von unseriösen Betrieben trennen. Daher solle man den Menschen empfehlen, beim Landkreis abzuliefern, dann habe man solche Fälle nicht. Weiterhin gehe der Gewerbemüll seit Jahren gegen Null, er verwies auf die Probleme mit Einführung der Gewerbetonne.

Regierungsamtsrat Röcklein wies darauf hin, dass auch eine Sicherheitsleistung bei der Firma Factron nichts gebracht hätte. Factron habe ein Mehrfaches gelagert als genehmigt gewesen sei. Eine Sicherheitsleistung hätte vielleicht für 100 Tonnen gereicht, aber nicht für diese Unmengen.

Kreisrat Dr. Fahn ergänzte, die Aussagen seien zwar richtig, aber es gebe Leute die sagen, der Landkreis habe dies nicht rechtzeitig gesehen. Natürlich müsse man nach außen tragen, man solle beim Landkreis abliefern, aber bei vielen Firmen sei dies auch eine Frage des Preises, so dass diese woanders entsorgen. Daher müsse der Landkreis die Müllgebühren entsprechend kalkulieren.

Landrat Schwing entgegnete, er möchte Kreisrat Dr. Fahn sehen, wenn der Landkreis Versorgungsanlagen bauen würde, die nicht den gesetzlichen Vorgaben entsprechend. Natürlich koste dies Geld, daher seien in der Vergangenheit nicht legale Sachen geschehen, die nun die Allgemeinheit bezahlen solle. Dies sei nicht in Ordnung und passe auch nicht in unser System. Daher könnten alle Kreisräte zum Lernprozess beitragen.

Kreisrat Dr. Steidl richtete an Kreisrat Dr. Fahn, der Landkreis Miltenberg solle eine günstigere Versorgungsvariante anbieten, damit die Firmen nicht an unseriöse private Unternehmen abwandern, aber wo solle denn dann gespart werden!? Solle man die Gehälter der Mitarbeiter kürzen oder eventuell bei den Deponieabdichtungen sparen oder aus der Kreiskasse zahlen? Diese Argumente halten einer seriösen Diskussion nicht stand.

Kreisrat Dotzel fragte bezüglich der Rechtslage nach dem Anschluss- und Benutzungszwang, ob man dies nicht von den Bürgern auch auf Betriebe ausdehnen könne.

Regierungsamtsrat Röcklein erläuterte, nach § 13 Absatz 1 Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz in der noch geltenden Fassung gelte für die Privathaushalte sei der Landkreis für die Abfallbeseitigung und –verwertung zuständig (ausgenommen einer zulässigen Eigenverwertung, also Eigenkompostierung auf dem eigenen Grundstück). Für sonstige Herkunftsbereiche, also Gewerbe, gelte, dass die Abfälle zur Beseitigung ebenfalls dem Landkreis abzuliefern sind; Abfälle zur Verwertung (z. B. Ersatzbrennstoffe) allerdings dürfen frei verwertet werden. Somit sei dies außerhalb der Reichweite des Landkreises.

Beispielsweise habe man in Bezug auf den Gelben Sack vermutet, wenn Walldürn in Betrieb gehe, komme der Gelbe Sack nach Walldürn. 40 % allerdings gehen deutschlandweit in andere Sortieranlagen.

Weiterhin erwähnte er die neue Deponieverordnung, auf Grund derer man nun seit Neuestem auf der Deponie Guggenberg Gasuntersuchungen zweimal jährlich (statt vorher nur alle drei Jahre) und Oberflächenuntersuchungen viermal jährlich (statt vorher einmal jährlich) durchführen müssen. Auch diese Kosten kommen auf uns zu.

Landrat Schwing ergänzte, die von Kreisrat Dr. Fahn gewünschten Wertstoffhöfe würden noch mehr kosten, somit werde dies noch teurer für die Privaten; auch die Deponieerweiterungen kosteten Geld und der Ausschuss habe dies sogar einstimmig beschlossen.

Kreisrat Dr. Fahn wies die Aussage von Kreisrat Dr. Steidl zurück und erwähnte, am 16.12.2008 habe der Ausschuss einstimmig beschlossen, der Landkreis werde sich beim Bayerischen Innovationsring um die Durchführung eines Benchmarkings für die Abfallwirtschaft einsetzen und daran teilnehmen. Bisher habe er allerdings nichts davon erfahren.

Landrat Schwing wies darauf hin, dass der Bayerische Innovationsring diese Thematik auf Grund der unterschiedlichen Strukturen strikt abgewiesen habe. Darauf habe er ihn damals bereits hingewiesen.

Er bat nochmals alle Kreisräte darum mitzuhelfen, das Bewusstsein zu stärken, beim Landkreis in guten Händen und dauerhaft auch am günstigsten abzuliefern.

Tagesordnungspunkt 4:

Anfragen

Es lagen keine Anfragen der Ausschussmitglieder vor.

gez.

gez.

Schwing
Vorsitzender

Ausschuss für Natur- und Umweltschutz 28.09.2010

Wagner
Schriftführerin